

In einem Interview, das die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* am 8. Oktober 2006 veröffentlichte, erwähnte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck den Begriff »Unterschichten« und warf ihnen mangelnden Aufstiegswillen vor. Als wenig später eine Studie bekannt wurde, die *Infratest* im Auftrag der *Friedrich-Ebert-Stiftung* durchgeführt, aber noch nicht veröffentlicht hat und in welcher der Terminus »abgehängtes Prekariat« vorkommt, entdeckte die deutsche (Medien-)Öffentlichkeit nach Jahren, wenn nicht Jahrzehnten erstmals wieder das Thema »Armut«.

Durch das wahrscheinlich auch den SPD-Vorsitzenden selbst überraschende Medienecho auf Becks Interviewäußerungen gewann die Armutskulturdebatte, bisher fast immer auf die Vorweihnachtszeit und das mediale Sommerloch beschränkt, eine ganz neue Qualität. Wohl zum ersten Mal wurden sich weite Kreise bewusst, dass die Gesellschaft Armut hervorbringt und dass diese nicht zuletzt durch eine falsche Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV) bis in die Mittelschichten hinein vorgedrungen ist, was ideologisch motivierte Abwehrreflexe aktivierte: Da wurde entweder der einzelne Betroffene selbst für seine Misere verantwortlich gemacht oder der Sozialstaat zum Sündenbock erklärt: »Wir leisten uns einen der teuersten Sozialstaaten der Welt. Das könnte man ertragen. Aber es ist gleichzeitig der erfolgloseste Sozialstaat.«¹

Hießen die sozial Verelendeten früher »Lazaruschicht« oder (bei Marx mit verächtlichem Unterton) »Lumpenproletariat«, gilt heute selbst der Armutsbegriff manchen Politikern und Kommentatoren als diskriminierend. Wer in Termini wie »Unterschicht« oder »abgehängtes Prekariat« die Betroffenen diffamierende Schimpfworte sieht, offenbart nur seine Unfähigkeit zur Gesellschaftsanalyse mittels analytischer Kategorien. Ganz selbstverständlich von »Mittelschichten« zu sprechen, aber den komplementären Terminus »Unterschicht« zu meiden wie der Heilige die Sünde, macht semantisch keinen Sinn. Wer konzediert, dass sich die Gesellschaft sozialökonomisch immer deutlicher spaltet, wird kein Problem damit haben, zwischen Spitzenpositionen der sozialen Hierarchie, Mittelplätzen und Abstiegsrängen zu differenzieren.

So gut wie gar nicht wurde thematisiert, dass Armut und Reichtum zwei Seiten einer Medaille und nicht zufällig fast zeitgleich gewachsen sind. Wer über den Reichtum bzw. die Oberschicht und ihre Tendenz, sich der finanziellen Verantwortung für das Gemeinwesen durch Steuerflucht (Franz Beckenbauer, Jürgen Klinsmann, Günther Netzer, Michael Schumacher, Thomas Gottschalk & Co. lassen grüßen) zu entziehen, nicht sprechen will, sollte deshalb auch über die Armut bzw. die Unterschicht schweigen. Nach dem Medienhype wurde es schnell wieder still im Hinblick auf die soziale Polarisierung, obwohl sie die künftige Entwicklung der Bundesrepublik maßgeblich beeinflussen dürfte.

(Kinder-)Armut und Reichtum in der Bundesrepublik – eine kurze Bestandsaufnahme

Bemerkenswert ist jedenfalls nicht, dass es in der Bundesrepublik eine Unterschicht gibt, sondern dass sich die soziale Polarisierung seit 1989/90 quantitativ wie qualitativ sehr viel stärker ausgeprägt hat. Man spricht von einer »Infantilisierung der Armut« (Richard Hauser), weil junge Menschen die am häufigsten und am stärksten von Armut bedrohte Altersgruppe bilden, während früher hauptsächlich Rentnerinnen betroffen waren. 1,89 Mio. Kinder unter 15 Jahren (von 11,65 Mio. dieses Alters insgesamt) leben nach Angaben der *Bundesagentur für Arbeit* in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Rechnet man die übrigen Betroffenen (Kinder in Sozialhilfehaushalten, in Asylbewerber-Familien, die weniger als die Sozialhilfe erhalten, und von sog. Illegalen, die keine Transferleistungen beantragen können) hinzu und berücksichtigt außerdem die sog. Dunkelziffer (d.h. die Zahl jener eigentlich Anspruchsberechtigter, die aus Unwissenheit, Scham oder anderen Gründen keinen Antrag auf Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld II stellen), leben etwa 2,2 bis 2,5 Millionen Kinder, d.h. mindestens jedes fünfte Kind dieses Alters, auf Sozialhilfeniveau. Gleichzeitig beträgt das Privatvermögen der beiden reichsten Deutschen, der Gebrüder Albrecht (Eigentümer der Aldi-Ketten Nord und Süd), laut *Manager Magazin* 32,15 Mrd. Euro. Verschärft wird das Problem der sozialen Pola-

Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.





ter, d.h. vom Arbeitsmarkt wie auch von der gesellschaftlichen Teilhabe Ausgeschlossener («underclass») bilden, nimmt die Zahl jener Personen/Haushalte, deren Einkommen *trotz* kontinuierlicher Lohnarbeit in Form eines oder mehrerer Arbeitsverhältnisse nicht oder nur knapp über der relativen Armutsgrenze liegt («working poor»), gleichfalls zu. Auch hat sich während der 90er Jahre ein breiter, seinem Umfang nach oft unterschätzter Niedriglohnsektor herausgebildet, der längst nicht mehr nur typische Frauenarbeitsplätze umfasst. Kombilöhne sind keine Lösung, sondern ein Teil des Armutproblems.

In einer Hochleistungsgesellschaft, die Konkurrenz bzw. Leistung geradezu glorifiziert und Letztere mit Prämien, Gehaltszulagen oder Lohnsteigerungen prämiert, scheint Armut funktional zu sein, weil sie nur das Pendant dessen verkörpert, was die Tüchtigeren und daher Erfolgreichen in des Wortes doppelter Bedeutung »verdient« haben. Armut ist mithin kein »Betriebsunfall«, vielmehr ein konstitutiver Bestandteil der kapitalistischen Marktwirtschaft. Sie dient im neoliberalen »Umbau«-Projekt als ein höchst willkommenes Disziplinierungsinstrument, während materieller Wohlstand und privater Reichtum ein geeignetes Lockmittel darstellen, das die »Leistungsträger« zu besonderen Anstrengungen motivieren soll.

Aufgrund der US-Amerikanisierung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und des Wohlfahrtsstaates zeichnet sich hierzulande eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur ab. Einerseits reicht das Armutsrisiko bis in die Mittelschichten hinein, was sich in der Überschuldung von Existenzgründer(inne)n und Selbstständigen genauso manifestiert wie in den prekären Lebenslagen jener Menschen, die keinen gesicherten Arbeitsplatz haben, sondern fürchten müssen, praktisch über Nacht unter die Armutsschwelle zu sinken. Andererseits weitet sich jener Sektor aus, in dem totale Perspektivlosigkeit, Not und Verelendung die Lebenslagen der Menschen bestimmen.

Die latente Armut, aber auch die evidente Armut von Obdachlosen, Trebegänger(inne)n und Bettler(inne)n hat – besonders in den urbanen Zentren und Ostdeutschland – stark zugenommen. Wie man heute seinen Luxus, motiviert durch ein verändertes gesellschaftliches Klima, offener als früher zur Schau stellt, manifestiert sich auch die Armut deutlicher, weil sie breiter gestreut ist und tiefer reicht. Ohne die Lage zu dramatisieren, kann man prognostizieren, dass es in der Bundesrepublik, die nach wie vor zu den reichsten Nationen der Welt gehört, künftig noch mehr (Kinder-)Armut geben wird. Dies gilt hauptsächlich für Ostdeutschland, wo sich der neoliberale Um- bzw. Abbau des Sozialstaa-

Foto: Benjamin Rennicke, aus der Serie »Ich bin Du, nur anders«, ein Projekt, das der Fotograf gemeinsam mit Simon Bürgel durchgeführt hat. Die Ausstellung ist zu sehen unter www.benjaminrennicke.de

risierung durch eine Spaltung in »Draußen« (Exkludierte) und »Drinnen« (Integrierte), regionale Disparitäten (Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle) sowie einen Ab- bzw. Umbau des bestehenden Wohlfahrtsystems (vom Sozialversicherungs- zum bloßen Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat). So leben in Görlitz 42,3 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren in Hartz-IV-Haushalten, während es im bayerischen Starnberg nur 3,9 Prozent sind.

Die gegenwärtige Dramatik der Armut wird erst verständlich vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Weltmarktdynamik. Denn die wirtschaftliche Globalisierung führt keineswegs zur Verallgemeinerung des Wohlstandes. Vielmehr wirkt der Globalisierungsprozess im Rahmen der Standortpolitik als »soziales Scheidewasser«, das die Bevölkerung der Bundesrepublik wie die anderer Länder in Gewinner und Verlierer/innen, diese jedoch wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Deprivierte und Langzeitarme) einerseits sowie Geringverdiener/innen (prekär Beschäftigte, von Überschuldung Bedrohte und Kurzzeitarme) andererseits spaltet. Während die Dauerarbeitslosen ohne Hoffnung auf Reintegration den »sozialen Bodensatz« im Gegenwartskapitalismus bilden, verkörpern die Niedriglohnempfänger/innen, oftmals Migrant(inn)en und ethnischen Minderheiten entstammend, eher das »Treibgut« des Globalisierungsprozesses.

Bereits seit geraumer Zeit bildet die Bundesrepublik – sich damit anderen westlichen Industriestaaten angleichend – eine *zweiteilige* Armutsstruktur aus: Den armen Erwerbslosen, die wegen niedriger oder fehlender Lohnersatzleistungen auf das Existenzminimum zurückgeworfen werden, treten die erwerbstätigen Armen zur Seite, deren Lohn für ein Leben im gesicherten Wohlstand nicht ausreicht. Während sich die Langzeit- und Mehrfacharbeitslosigkeit älterer und/oder gering qualifizierter Personen zur Dauerarbeitslosigkeit verfestigt und die Betroffenen eine soziale Schicht völlig Deklassier-

¹ Walter Wüllenweber, »Spiel nicht mit den Schmuttelkindern!« in: *stern*, Heft 43/2006

tes noch drastischer auswirkt als in Westdeutschland, weil die dortigen Familien stärker auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind.

Fehldiagnosen, Irrwege und wirkungslose Mittel im Kampf gegen die (Kinder-)Armut

In den Medien dominieren Armutsbilder, die stark vom Massenelend der sog. Dritten Welt bzw. des europäischen Mittelalters (Verhungern, Obdachlose und Bettler) bestimmt sind. Armut in Kiel, Kassel oder Köln unterscheidet sich zweifellos stark von Armut in Kalkutta. Hierzulande handelt es sich vornehmlich um *relative* Armut, die auf einem hohen Wohlstandsniveau verfestigende Ungleichgewichte der Einkommens- und Vermögensverteilung widerspiegelt, während in vielen Entwicklungsländern absolute (oder extreme) Armut dominiert. Daraus zu schlussfolgern, Hartz-IV-Empfänger/innen jammerten »auf einem hohen Niveau«, ist allerdings grundfalsch. Denn die Armut in einem reichen Land kann deprimierender, bedrückender und bedrängender sein als jene in einem armen Land, weil vor allem die stark betroffenen Kinder und Jugendlichen in einer westlichen Konsumgesellschaft einem viel stärkeren Druck seitens der Werbeindustrie wie auch ihrer eigenen Spielkamerad(inn)en und Mitschüler/innen ausgesetzt sind, teure »Markenklamotten« zu tragen oder mit dem tollsten Handy zu telefonieren. Empathie und Solidarität erfahren die von Armut oder Unterversorgung betroffenen Menschen hingegen in einem geringeren Maße, als dies dort der Fall ist, wo kaum jemand ein großes (Geld-)Vermögen besitzt.

Armut ist mehr, als wenig Geld zu haben. Denn sie führt zu vielfältigen Benachteiligungen, Belastungen oder Beeinträchtigungen, etwa im Gesundheits-, Wohn-, (Aus-)Bildungs-, Kultur- und Freizeitbereich. Dies verleitet manche Beobachter dazu, Armut zu subjektivieren, die Betroffenen hierfür verantwortlich zu machen und sie auf deren Bildungsferne bzw. Kulturdefizite zurückzuführen. So behauptete der Historiker Paul Nolte schon in einem am 17. Dezember 2003 erschienenen *Zeit*-Artikel unter dem makabren Titel »Das große Fressen«, das Hauptproblem der Unterschicht sei gar nicht die Armut, sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und TV. Als sei das »Unterschichten-Fernsehen«, dessen übermäßiger Konsum sie angeblich davon abhält, ihren sozialen Aufstieg zu organisieren, nicht bloß die moderne Wiederkehr von »Brot und Spielen«, mit denen man sozial Benachteiligte in der Antike ruhigstellte!

In dasselbe Horn stößt *stern*-Redakteur Walter Wüllenweber in seinem »Spiel nicht mit den Schmutdelkindern!« überschriebenen Essay, wenn er Forderungen nach einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch höhere Transferleistungen an

die Armen widerspricht: »Mit mehr Sozialknete kann man die Benachteiligung nicht wirksam bekämpfen. Bekäme jede arme Familie 200 oder 300 Euro mehr Stütze im Monat, würden sich dadurch ihre Aussichten auf einen Job, auf ein selbstbestimmtes Leben, auf bessere Aufstiegschancen ihrer Kinder keinen Millimeter verbessern. Die Erfahrung zeigt: Das würde nur den Umsatz bei McDonald's erhöhen.«

Die ideologische Entsorgung des Armutproblems, das vielfach auf »Bildungsarmut« reduziert wird, erfolgt im Feuilleton gewöhnlich mittels seiner Pädagogisierung. Bildungs- und Kulturarmut begründen jedoch entgegen solcher Halbwahrheiten, wie sie Nolte und Wüllenweber verkünden, keine Armutskultur, sondern sind primär Folge materieller Entbehrungen. Vor einer Kulturalisierung der Problematik, die im öffentlichen bzw. Mediendiskurs über eine »neue Unterschicht« und deren »Armutskultur« angelegt ist, sei hier noch einmal ausdrücklich gewarnt. Zwar werden die Armen häufig dumm (gemacht), die Klugen aber deshalb nicht zwangsläufig reich. Fehlende oder mangelhafte (Schul-)Bildung kann die Armut potenzieren und zementieren. Sie ist jedoch nur deren Auslöser, nicht die Ursache materieller Not. Obgleich unersetzlich für das Wohlergehen sozial benachteiligter Kinder und die Entwicklung ihrer Persönlichkeit, taugen Bildung und Kultur deshalb keineswegs als Wunderwaffe im Kampf gegen die (Kinder-)Armut, zumal sie zusehends privatisiert und damit zu einer Ware werden, die sich Arme gar nicht leisten können. So wichtig mehr Bildungs- und Kulturangebote für betroffene Kinder sind, so wenig können sie allein das Problem lösen.

Was zum individuellen Aufstieg taugen mag, versagt als gesellschaftliches Patentrezept: Wenn alle Kinder mehr Bildung bekämen, würden sie womöglich um die wenigen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze nur auf einem höheren Niveau, aber nicht mit besseren Chancen konkurrieren. Folglich gäbe es am Ende mehr Taxifahrer mit Abitur und abgeschlossenem Hochschulstudium, aber kaum weniger Armut. Eine bessere (Aus-)Bildung erhöht die Konkurrenzfähigkeit eines Heranwachsenden auf dem Arbeitsmarkt, ohne jedoch die Erwerbslosigkeit und die (Kinder-)Armut als gesellschaftliche Phänomene zu beseitigen. Hierzu bedarf es nach wie vor der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen, was die Wohlhabenden, Reichen und Superreichen, denen die meisten Massenmedien gehören, aus naheliegenden Gründen nicht gern hören.

Verringerung/Vermeidung von (Kinder-)Armut

Versteht man unter Kinderarmut nicht nur *absolutes* Elend, vielmehr auch ein *relatives* Maß an sozialer Ungleichheit, das die Betroffenen daran hindert,

sich ihrer persönlichen Fähigkeiten gemäß zu entfalten und selbstbestimmt am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen, muss hier auch ein Schwerpunkt der Armutsbekämpfung liegen. Fraglich ist zudem, ob Finanzmittel, die der (ganzen) Familie dienen sollen, bedürftigen Kindern wirklich helfen oder nur die Haushaltsvorstände erreichen. Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangebote für sozial benachteiligte Familien sind wirksamer als die Anhebung des Kindergeldes und steuerlicher Freibeträge. Möglichst beitragsfreie Kindergarten-, Krippen- bzw. Hortplätze und Ganztagschulen haben einen doppelten Nutzeffekt: Einerseits können von Armut betroffene oder bedrohte Kinder dort umfassender betreut und systematischer gefördert werden, was kulturelle (Nachmittags-)Angebote einschließt, die ihnen das Elternhaus aus mehreren Gründen kaum bieten würde. Andererseits können ihre Eltern (Mütter) leichter als sonst einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, was sie finanzielle Probleme eher meistern lässt.

So wichtig mehr Ganztagsbetreuung ist, so wenig reicht sie aus, um Bildung stärker von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Gleichwohl stößt die Reformdebatte selten bis zu den Wurzeln des Problems, der Drei- bzw. Viergliedrigkeit des Sekundarschulwesens in Deutschland, vor. Wer von der Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschule für Kinder aller Bevölkerungsschichten jedoch nicht sprechen will, sollte auch von der Ganztagschule schweigen. Diese war stets ein Ziel reformpädagogischer Bemühungen und muss durch eine umfassende Strukturreform des Bildungswesens befähigt werden, soziale Selektion zu vermeiden.

Die negativen Auswirkungen von »Sparmaßnahmen« im Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbereich wie auch bei den Bundeszuschüssen zum öffentlichen Nahverkehr (Kürzung der sog. Regionalisierungsmittel) beeinträchtigen die Zukunftsperspektiven der künftigen Generationen. Dazu zählt ebenfalls die Beschneidung der Bundeskompetenzen im Bildungsbereich, weil die Föderalismusreform mit dem »Wettbewerbsföderalismus« einer desaströsen Konkurrenz zwischen den Bundesländern nunmehr Tür und Tor öffnet, was den Schülern in finanzschwachen Ländern besonders schadet, können die guten Lehrkräfte doch leichter abgeworben werden.

Im angloamerikanischen Wohlfahrtsstaat zählt die Bildungs- zur Sozialpolitik, in der Bundesrepublik rechnet man sie zur Gesellschaftspolitik. Neuerdings steht dieses Verständnis von Bildungspolitik in der Kritik. Man spricht vermehrt von »Bildungsarmut« und tut so, als könne eine gute Schulbildung oder Berufsausbildung verhindern, dass Jugendliche ohne Arbeitsplatz bleiben. Tatsächlich verhindern Bildungsdefizite vielfach, dass

junge Menschen auf dem überforderten Arbeitsmarkt sofort Fuß fassen. Umgekehrt führt die Armut von Familien häufig dazu, dass deren Kinder keine weiterführende Schule besuchen oder sie ohne Abschlusszeugnis wieder verlassen.

»Bildungsarmut«, die in der Bundesrepublik besonders unter Kindern aus zugewanderten Familien grassiert, lässt sich nur verringern, wenn Schul- bzw. Weiterbildung als Kern einer fortschrittlichen Gesellschaftspolitik verstanden wird und eine strukturelle Benachteiligung deprivierter Kinder – wie sie das dreigliedrige Sekundarschulsystem hierzulande aufgrund seiner sozialen Selektivität bedingt – unterbleibt. Bildungsbeteiligung ist ein Menschenrecht, aber zur Armutsbekämpfung nicht ausreichend und schon längst kein Garant für eine gesicherte materielle Existenz mehr.

Häufig wird ein Gegensatz zwischen der »nachträglich ausgleichenden Sozialpolitik« traditioneller Art und einem moderneren, investiven bzw. »vorsorgenden Sozialstaat« konstruiert, wodurch Ältere und Jüngere in Gegensatz zueinander geraten und ein »(Verteilungs-)Kampf der Generationen« um die knappen Haushaltsmittel droht. In Wahrheit ergänzen sich Bildungs- und Sozialpolitik bezüglich der notwendigen Inklusion von Kindern aus unterprivilegierten Elternhäusern, wirken also komplementär.

Man kann nicht einerseits Bildungs- als Sozialpolitik interpretieren und andererseits von der Schule über den Weiterbildungssektor bis hin zur Hochschule alle Institutionen dieses Bereichs privatisieren, ohne unglaublich zu werden. In einem Bildungssystem, das zunehmend kommerzialisiert wird, stoßen Kinder nur noch auf Interesse, wenn sie (bzw. ihre Eltern) als möglichst zahlungskräftige Kunden firmieren. Kontraproduktiv wirken auch die Beschneidung der Lernmittelfreiheit in mehreren Bundesländern und die Schließung von (Schul-)Bibliotheken aus Kostengründen. Je weniger die öffentliche Hand aufgrund einer falschen Steuerpolitik in der Lage ist, die materielle Unterversorgung von Familien zu kompensieren, umso mehr Kinder leiden unter Bildungsarmut.

Nur wenn eine grundlegende Kurskorrektur erfolgt, vermag die Regierungspolitik den Trend zur Exklusion eines wachsenden Bevölkerungsteils umzukehren. Wer die Armut mit Erfolg bekämpfen will, muss die Reichen zur Kasse bitten, anders gesagt: eine Politik machen, welche dafür sorgt, dass jene nicht durch ständige Senkungen des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer wie des Steuersatzes für Kapitalgesellschaften (Körperschaftsteuer) weiter entlastet, sondern durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer und Anhebung der Steuersätze ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit gemäß zur Finanzierung sozialstaatlicher Aufgaben herangezogen werden.

Die aktuellen Bücher des Verfassers: *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland*, Wiesbaden 2005; *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 3. Aufl. Wiesbaden 2006; *Massenmedien, Migration und Integration*, 2. Aufl. Wiesbaden 2006; *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung*, 3. Aufl. Wiesbaden 2006 (alle erschienen im VS – Verlag für Sozialwissenschaften)